



CDU

DIE RODGAUPARTEI

PRESSESPRECHER

Ulrich Jung

Leipziger Ring 185

63110 Rodgau

Fon 06106 – 7 4227

Mobil: 01702444296

e-mail:

jung-rodgau@t-online.de

PRESSEINFORMATION

Dr. Lehr im Stadtgespräch: Aus Wohlfahrt wird Plage Gesellschaft steht vor größten Veränderungen der letzten Dekaden

Die Analyse des Dr. Carsten Lehr war eindeutig: „Wenn nicht eine drastische Wende im Denken und Handeln stattfindet, dann fährt ein großer Teil der Wirtschaft an die Wand. Die Gesellschaft wird davon schwer betroffen“, so der Geschäftsführer der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH beim CDU-Stadtgespräch in Nieder-Roden. „Letztlich müssen wir selbst entscheiden, was wir vom Staat erwarten und was wir bereit sind, dafür zu bezahlen.“

Lehr beleuchtete die Schuldsituation Deutschlands im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise in Europa und der Diskussion um den sog. Euro-Rettungsschirm. Wirtschaft und Gesellschaft stünden derzeit insgesamt vor einer der „größten Umgestaltungen und Veränderungen, die es in den letzten Dekaden je gab“. Es müsse u.a. gefragt werden, „was sind überhaupt staatliche Aufgaben?“ Und: „Geht es nicht tatsächlich um eine Krise des Gesellschaftsmodells, das sich mangels Finanzierungsmöglichkeiten selber ad absurdum führte oder dabei ist, dies zu tun“ (Stichwort: Vollkasko mentalität).

Die Entwicklung der Bundesschulden in den letzten 20 Jahren (auf inzwischen über zwei Billionen Euro) sei verheerend, ebenso – eine der Hauptursachen für die Verschuldung - der ständig wachsende Staatseinfluss. Der Staat sei mittlerweile in die Rolle des Wohlfahrtsgaranten hineingewachsen und zeichne verantwortlich für ständig steigende Einkommen, für soziale Sicherheit in allen Lebenslagen, Vollbeschäftigung und fortwährend zunehmende Lebensqualität. Ergebnis – schließlich müssten alle Güter und Dienste, die der Staat gewährt, finanziert werden: Über 50 Prozent des Bundeshaushalts würden ausgegeben für Schuldzinsen und Sozialetat.

Lehr sprach von einem „Webfehler im System“, den es zu reparieren gelte. In diesem Zusammenhang rief er „uns alle“ dazu auf, die Demokratie weiterzuentwickeln.

Als Reaktion auf die zunehmende Staatsverschuldung habe die Politik auf Initiative des Wirtschaftsrates u.a. mit der Aufnahme der Schuldenbremse in das Grundgesetz reagiert, so Lehr. Die Umsetzung für den Bund bis 2016 und für die Länder bis 2020 verlange aber nicht nur eine grundlegende Revision der staatlichen Aufgaben, sondern auch tiefe Einschnitte im Leben der meisten Bürger. Die Schuldenbremse oder auch die Rente mit 67 seien zwar erste Schritte, aber doch nur Tropfen auf den heißen Stein. „Es kommt der Augenblick, in dem Bürger feststellen müssen, dass „aus Wohlfahrt Plage wird und die Großzügigkeit des Systems seinen folgenreichen Preis verlangt, den alle bezahlen müssen.“



- 2 -

Zum Thema Euro sagte Lehr, er sei überzeugt davon, dass wir aus der Krise herauskämen und der Euro erhalten bleibe. Die Frage sei allerdings, wie das zu bewerkstelligen sei. Ein unbegrenzter EU-Rettungsfonds sei jedenfalls fatal. Es müssten gleiche Regeln auch für alle Staaten gleicher Weise gelten. Lehr erinnerte in diesem Zusammenhang an die Maastricht-Kriterien. Ihn wundere, dass Verstöße von fast allen Euroländern – auch von Deutschland - ohne Konsequenzen geblieben seien.

Seiner Meinung nach gäbe es fünf „Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“, denen sich Europa stellen müsse:

1. Konsolidierung der Staatsfinanzen (Fragestellung: „Was wollen wir, was können wir noch finanzieren?);
2. Demografischer Wandel (Lehr schließt gesellschaftliche Verwerfungen nicht aus, wenn nicht schleunigst gehandelt werde);
3. Ökologie (Finanzierung des Klimawandels mit allen Abstrichen im auch persönlichen Bereich, vernünftiger mit Ressourcen umgehen);
4. Technologie
5. Komplexität. (Lehr zu diesem Punkt: „Unsere globalisierte Welt hat ultrakomplexe Systeme erzeugt, die über materielle Größen weder zu steuern noch zu analysieren sind. Das ist daran erkennbar, dass weder die gutbezahlten Risikomanager⁴ in den Banken, weder die Ratingagenturen noch die Volkswirte den Kollaps voraussahen. Die Ökonomen haben uns noch im Juni 2008 Wachstumsraten von zwei bis drei Prozent versprochen. Im Oktober haben sie dann das Wetter von vorgestern als Prognose präsentiert.“

Am Schluss seiner Ausführungen gab sich Lehr optimistisch. Er hoffe, dass Banker und Politiker, wenn denn die Schuldenkrise vorbei sei, für die Zukunft gelernt hätten und gemachte Fehler sich nicht wiederholten.

21. 10. 2011